

Arabische Clans gefährden die Sicherheit in Berlin

Neukölln – Mehr als 30.000 Migranten aus Arabien leben im Bezirk Neukölln. 1.000 von ihnen sind in acht kriminellen Großclans aktiv, die die Sicherheit und den sozialen Frieden in der Stadt durch ihre extreme Brutalität gefährden. Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) schlägt jetzt Alarm vor dem Hintergrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen in den vergangenen Wochen.

Für bundesweites Aufsehen hatte der Mord an dem Intensivtäter Nidal R. gesorgt, der am Tempelhofer Feld mit mehreren Schüssen getötet wurde. Massenschlägereien unter den Clans seien nahezu an der Tagesordnung. Hikel fordert inzwischen „Null Toleranz“ wie einst der legendäre New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, der mit einer harten Linie spektakuläre Erfolge im Kampf gegen die Kriminalität in seiner Metropole erzielt hatte. Doch davon dürfte das rot-grün regierte Berlin Lichtjahre entfernt sein...

Kleines Missverständnis unter „Brüdern“ in Neukölln

Berlin – Wegen einer „Verwechslung“ kam es am Wochenende in Neukölln zu zwei Massenschlägereien. Morgens um 1.30 Uhr wurde dabei ein 22-jähriger Mann von rund 25 arabischstämmigen Männern auf einer Sitzbank vor dem Rathaus Neukölln angesprochen, umzingelt und beleidigt. Dann begannen die

Angreifer, brutal auf ihn ein einzuschlagen (u.a. mit einer Gasflasche) und zu -treten. Doch dann rief plötzlich jemand aus dem Mob: „Stopp, das ist der Falsche!“

Die Schläger ließen sofort vom Opfer ab, stellten ihn wieder auf die Beine und entschuldigten sich. Dann – kein Witz – umarmten sie ihn, putzen seine Kleidung sauber und nannten den Verletzten „Bruder“.

Doch der „Bruder“ hatte auch „Brüder“. Etwa 20 von denen erschienen am Nachmittag vor einem Frisörsalon an der Sonnenallee – bewaffnet mit Äxten, Knüppeln und Reizgas. Im Friseursalon vermuteten sie einen 37-jährigen Mann, der Haupttäter der ersten Attacke gewesen sein soll.

Deshalb zertrümmerten die anderen „Brüder“ erst einmal die Fensterscheibe des Friseursalons. Danach sprühten sie Reizgas in das Geschäft, verletzten Angestellte und Kunden, warfen Stühle durch den Laden. Dann flohen sie.

Während die Polizei noch Spuren sicherte, fuhr plötzlich der 37-Jährige Rädelsführer mit seinem VW Golf am Frisörsalon vorbei. Zeugen erkannten ihn wieder. Als er die nächste Runde um den Block kurvte, stellten ihn die Beamten und nahmen den Mann fest. Jetzt das Wichtigste: Beim Überprüfen der Papiere stellten die Beamten fest, dass der Wagen keine Haftpflichtversicherung hatte. Der 37-Jährige kam daraufhin in eine Zelle

Die Mehrzahl der Beteiligten an den beiden Schlägereien sind nach Angaben der Polizei Libanesen und Syrer.

Verständnis für Hausbesetzer? CDU und AfD sagen Nein!

von KLAUS KELLE

Der Spuk dauerte nur wenige Stunden, dann wurden die besetzten Häuser in Kreuzberg und Neuköln von der Polizei geräumt. Berlin hat schon andere Stürme überlebt. Unmittelbar nach der Wende war ich früh am Morgen als Reporter dabei, als die besetzten Häuser in der berühmten Mainzer Straße im Ostteil der Stadt von einem massiven Polizeiaufgebot, darunter viele Hundertschaften aus Westdeutschland, geräumt wurden. Die Besetzer gingen mit massiver Gewalt gegen die Beamten vor, warfen Benzinbuben – sogenannte Molotowcocktails – und Steine. Es gab zahlreiche Verletzte.

Kein Vergleich zu den aktuellen Räumungen, die weitgehend friedlich verliefen. Dennoch löste das Vorgehen der Besetzer aus dem linksradikalen Spektrum eine bundesweite Diskussion über Wohneigentum und Gentrifizierung aus. Gentrifizierung? Das nennt man in diesen Kreisen auch „Yuppisierung“. Gemeint ist damit ein teilweiser Austausch der Bevölkerung, nachdem ein Stadtteil entwickelt und restauriert worden ist. Hausfassaden werden gestrichen, Straßenpflaster erneuert, es entstehen neue schicke Restaurants und Clubs, die „Crowd-People“ entdecken das Quartier für sich. Wohnungen werden saniert und kosten plötzlich deutlich mehr Miete als zuvor.

Eine gute Entwicklung in den Augen der bürgerlichen Mehrheit, der Horror für diejenigen, die am unteren Rand der Gesellschaft leben und diejenigen, die nicht wahrhaben sollen, wie gut eine freiheitliche Gesellschaft funktionieren kann. Für linke Bürgerkinder, die in der Hauptstadt schon immer gern Revolution spielten, eine Entwicklung, die bekämpft werden muss. Als die Partyszene vor Jahren Kreuzberg und seine schicken Bars und Restaurants entdeckte, gab es reihenweise

Anschläge linker Chaoten auf Restaurants und Nobelkarrossen davor. Ich hatte auch einmal das zweifelhafte Vergnügen, als ich nach einem Abendessen in Kreuzberg alle vier Reifen meines BMW abgestochen vorfand. Ich habe es nicht einmal bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Bringt doch eh nichts.

Ist es legitim, wenn sich „Arme“ gegen die Weiterentwicklung ihres Stadtteils wehren? Ja, wenn sie es auf Demonstrationen tun oder in der Wahlkabine. Wir haben Demokratie hier. Nein, wenn sie sich etwas nehmen wollen, das ihnen nicht gehört. Denn wir haben auch Rechtsstaat hier. Der rot-rot-grüne Senat in Berlin zeigte in Erklärungen Verständnis für die Besetzer. Zwei Parteien im Abgeordnetenhaus bezeichneten das Vorgehen der Besetzer als das, was es war: Rechtsbruch. Diese Parteien waren CDU und AfD....

Knöllchen geschrieben – dann ging's los

Berlin – In manchen Brennpunktbezirken unserer Stadt ist das inzwischen trauriger Alltag. Als eine Polizeistreife am Samstagabend in Neukölln ein Knöllchen schreiben will, eskaliert die Situation. Gegen 19 Uhr war den Beamten ein Renault aufgefallen, der an der Hermannstraße in der zweiten Reihe parkte und den Verkehr behinderte.

Als die Beamten eine Anzeige schrieben, erschien der Fahrer – ein 21-jähriger türkischstämmiger Mann – und weigerte sich, sein Auto wegzufahren. Er beschimpfte die Polizisten, bedrohte sie und versetzte einer Beamtin einen Stoß gegen den Oberkörper.

Als sie den rabiaten Mann fesseln wollten, kamen dessen Mutter

uns eine junge Frau hinzu, während sich auf der Straße ein aggressiver Mob von etwa 30 Personen zusammenrottete. Erst als zusätzliche Streifenwagen eintrafen und die Polizei mit dem Einsatz von Reizgas drohte, beruhigte sich die Lage. Mehrere Anzeigen wegen Widerstands gegen die Polizei und versuchter Gefangenenerbefreiung wurden geschrieben.